

AMTSBLATT

DER REGIERUNG VON UNTERFRANKEN

Herausgegeben von der Regierung von Unterfranken in Würzburg

71. Jahrgang

Würzburg, 9. Februar 2026

Nr. 4

Inhaltsübersicht:

Sicherheit, Kommunales und Soziales

Bek vom 28.01.2026 Nr. RUF-12-1444.14-1-52-3 über die Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) am 05.03.2026.....26

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechung.....26

Sicherheit, Kommunales und Soziales

Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) am 05.03.2026

Bekanntmachung vom 28.01.2026 Nr.: RUF-12-1444.14-1-52-3

I.

Der Zweckverband Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) hat um öffentliche Bekanntmachung der Sitzung seiner Verbandsversammlung am 05.03.2026 mit Tagesordnung (öffentlicher Teil) gebeten.

Würzburg, 28.01.2026
Regierung von Unterfranken

Hardenacke
Abteilungsleiter

II.

Sitzung der Verbandsversammlung FWM

Donnerstag, 05.03.2026 um 09:00 Uhr
im Veranstaltungssaal der Seniorenwohnanlage
am Hubland
(Zeppelinstr. 67, 97074 Würzburg)

I. Öffentlicher Teil:

0. Ordnungsmäßigkeit der Ladung – Genehmigung der Tagesordnung – Feststellung der Beschlussfähigkeit – Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung – Beschlussfassung
1. Abberufung und Bestellung eines Werkleiters sowie Neukonzeption FWM – Beschlussfassung
2. Wasserrechte und Wasserschutzgebiete – Bericht
3. Information zu „60 Jahre FWM“
4. Sonstiges

Apl-I 1444

RABI S. 26

Nichtamtlicher Teil

BUCHBESPRECHUNG

Kraus

Eigenüberwachung im Abwasserrecht

83. Aktualisierungslieferung

Juli 2025

Art.-Nr. 66351083

Preis: 188,49 Euro

Carl Link Kommunalverlag

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung identifiziert Klimawandel, Trockenheit, Wasserknappheit sowie Starkregenereignisse und Hochwasser als Herausforderungen in der Wasserwirtschaft. Deshalb würden priorisierte Maßnahmen

der nationalen Wasserstrategie umgesetzt und gemeinsam mit den Ländern vor dem Hintergrund des Klimawandels weiterentwickelt, heißt es in dem Koalitionsvertrag 2025 von CDU, CSU und SPD. Die Parteien kündigen an, die Infrastruktur für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung fördern und sie langfristig preisstabil und bedarfsgerecht gestalten zu wollen. Modellvorhaben und besonders energieeffiziente Anlagen sollten unterstützt und blau-grüne Infrastruktur, der Wasserrückhalt in der Fläche und Grundwasserneubildung gefördert werden. Unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten und der Verhältnismäßigkeit setzte die Koalition auf das Verursacherprinzip. Wurde im Koalitionsvertrag der Ampel die Novellierung des Abwasserabgabenrechts noch auf die Agenda gesetzt, fehlen im neuen Koalitionsvertrag Aussagen zu diesem Thema.